

Voltsstimme

Voltsstimme

zugleich für Bielitz

Geschäftsstelle der „Voltsstimme“ Bielsko, Republikansta Nr. 4. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgepaßene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,80 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 5. cr 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto W. R. S., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Kampfansage der Kommunisten in Preußen

Massenaktion gegen den Faschismus — Die Nazis dürfen nicht ans Ruder — Noch keine Entscheidung der Preußenfraktionen

Berlin. Der Fraktionsführer der Kommunisten im Preussischen Landtag, Abg. Koenen, äußert sich in der „Welt am Abend“ über die voraussichtliche Haltung der Kommunisten bei der Wahl des Landtagspräsidenten und zu dem Antrag auf Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung u. a. wie folgt: Wir werden getreu der Bourgeoisie unsere roten Arbeiterkandidaten entgegenstellen. Ausschließlich von proletarischem Klasseninteresse erfaßt, haben wir nur die eine Absicht, die Regierungsbildung zu erschweren, bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen und die Schaffung einer gesetzmäßig konzentrierten Regierungsgewalt möglichst mit Hilfe von Massenaktionen zu verhindern. Wie wir stets dagegen gekämpft haben und kämpfen, daß die kommunistischen Wählermassen durch eine Parteikombination der Weimarer Koalition ausgehöhlt werden, so werden wir auch alle Kampfmaßnahmen treffen, um den Machtantritt des Hitler-Faschismus und die Übernahme der Regierung durch die Nazi-Terrororganisation der Bourgeoisie zu verhindern, d. h. die Weimarer Koalitionsbrüder zu warnen, sich trotz aller Treiberei gerne auf geschäftsmäßigem Wege von den „Nazis“ verabschieden zu lassen. Das werden wir ihnen mit aller Gewaltigen lassen. Das werden wir ihnen mit aller Gewaltigen lassen.



Reichsminister Schiele

der aus deutschnationalen Kreisen stammt, will das Brüning-Kabinett verlassen. Sein Rücktritt erfolgt angeblich, weil er Annäherung an Hitler durch Brüning wünscht.

für gut unterrichtete parlamentarische Kreise noch völlig undurchsichtig. Es ist möglich, daß die erste Sitzung des Ältestenrates, die entweder noch am Dienstag abend oder aber, was wahrscheinlicher ist, am Mittwoch vormittag stattfindet, eine endgültige Klärung bringt, da hier mangels anderer Verhandlungen möglicherweise die Präsidiumsfrage angeschnitten werden wird. Ueber die Zusammenfassung des Ältestenrates liegen vollständige, namentliche Angaben noch nicht vor. Die erste Sitzung des Ältestenrates wird Alterspräsident Liekmann leiten. Daß die Präsidiumsfrage im Ältestenrat erörtert werden wird, darf um so mehr angenommen werden, als der Landtagspräsident und die drei Vizepräsidenten dem Ältestenrat mit beratender Stimme angehören und der Ältestenrat ohne sie zwar beschlußfähig, aber doch noch nicht vollständig ist.

Genfer Echo

Im Wirbel der aufeinanderstürzenden politischen Ereignisse verlieren Fragen, wie das Minderheitenrecht, fast jegliche Bedeutung. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und die bange Sorge, wie man aus dem Chaos der Ereignisse hinauskommt, überwiegen bei der politischen Urteilsbildung und lassen oft Fragen von außergewöhnlicher Tragweite als nebensächlich erscheinen. Es überrascht also auch nicht, wenn der letzten Völkerbundstagung nur eine geringe Rolle zugeschrieben wurde, und man hat nur ganz oberflächlich zu den Verhandlungen Stellung genommen, obgleich ihre Auswirkung von weittragender Bedeutung ist und die deutsch-polnischen Beziehungen nur noch verschärft hat. Jede Maßnahme, die deutsche Volksgenossen im Ausland trifft, verfehlt ihre Wirkung in Deutschland nicht, und wenn die deutschen Minderheiten sich über begangenes Unrecht beschweren oder, besser gesagt, sich um ein ihnen zuerkanntes Recht bemühen, dann ist es eine selbstverständliche Erscheinung, daß sie das Wirtschaftsvolk oder dessen Presse in einer Art behandelt, als wenn man es in jedem Falle mit Hochverrätern zu tun hätte. Man vergißt hierbei nur eine Kleinigkeit, zu erwägen, daß keinerlei Beschwerden an den Völkerbund, zum Beispiel von Deutschen in Polen gegen Polen, in Genf eingehen oder erhoben werden würden, wenn man polnischerseits hierzu, durch irgend eine Maßnahme, nicht die Ursache geben würde. Es hat wenig Sinn, über den Begriff „Loyalität“ zu rechten, denn nach nationalpolnischer Auslegung ist nur der „loyal“, der sein Dasein als Angehöriger einer Minderheit aufgibt, seine Nationalität verleugnet. Und da dies bei der deutschen Minderheit nicht üblich ist, so muß sie aus „Tradition“ schon den Vorwurf auf sich lassen, daß sie ganz im Dienste eines fremden Staates steht und zwar, wie unsere guten Patrioten behaupten, im Dienste Berlins. Nun, einer solchen Anklage braucht man sich nicht zu schämen, solange man vor dem eigenen Gewissen sich frei von jeder Schuld fühlt und sich darüber Rechenschaft abgibt, daß ein Bekenntnis zu eigenem Volkstum Opier fordert, ohne die niemand Kultur und Sprache sich erhalten kann.

Ob wir die Beschwerde des Prinzen von Pleß in Steuerfragen nehmen, ob wir auf die Entscheidungen in der Danziger Frage betrachten, oder jetzt die Entscheidung bezüglich der angewandten Agrarreform hervorheben, in jedem einzelnen Falle ist vom Völkerbund bestätigt worden, daß die polnischerseits getroffenen Maßnahmen im Widerspruch zu den Verträgen oder garantierten Rechten stehen. Wir sind weit davon entfernt, daraus der polnischen Regierung höhnisch eine Niederlage zu wünschen, aber wir müssen uns doch ganz ernsthaft die Frage vorlegen, ob das nicht alles Momente sind, die die deutsch-polnischen Beziehungen in einer Weise verschärfen, die letzten Endes nur in einem „Kriegsspiel“ beendet werden kann. Der Fall Pleß ist jetzt an den internationalen Gerichtshof in Haag gegangen, weil polnischerseits eingegangene Verpflichtungen, beziehungsweise Versprechungen, nicht innegehalten wurden, wie dies in einer neuerlichen Beschwerde des Prinzen von Pleß an den Völkerbund dargelegt worden ist. Daß dadurch die Beziehungen der Wojewodschaftsbehörden zum Prinzen von Pleß nicht besser werden, kann man sich leicht vorstellen, und Parteien, die zum Wohle von Volk und Land aufeinander angewiesen sind, stehen sich als Kontrahenten gegenüber, jederzeit formalistische Gründe zu suchen, um einander den eigenen Rechtstandpunkt zu beweisen. Niemand wird leugnen, daß der Staat letzten Endes, nebst seinen Behörden, immer Recht hat, denn er übt ja die Macht aus, und bevor die internationalen Instanzen alles rechtlos entscheiden, wird das so treifliche internationale Recht, samt seinem Garanten, dem Völkerbund, eine Farce!

Nicht anders liegen die Dinge mit Danzig. Danzigs Gedeihen ist auf polnische Gnade angewiesen, es wäre alles in bester Ordnung, wenn nicht die Wirtschaftskrise den Freunden gewisse Schranken auferlegen würde, die nun in den Dienst der Politik gestellt wird und schließlich nichts anderes erzeugt, als eine Reihe von Konflikten, deren Wirkung bei dem Sieger, im Rechtsstreit beim Völkerbund, zu einer Katastrophe ausartet. Denn, was nützt es schon, wenn Danzig darin Recht bekommt, daß Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen, wenn es dadurch gezwungen wäre, den neuen Hafen in Gdingen einfach

Noch keine Klarheit im preussischen Landtag

Berlin. Wenn der Preussische Landtag am Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, werden die Namen sämtlicher Abgeordneten endgültig feststehen. Am Montag nachmittag fehlten lediglich noch die Zusagen von zwei Kandidaten, die aber auch spätestens im Laufe des Dienstag vormittags erwartet werden. Damit ist die hier und da bereits aufgeworfene Frage, ob der Landtag in seinen ersten Sitzungen überhaupt schon beschlußfähig sein werde, hinfällig geworden. Dagegen besteht auch am Vorabend des Landtagszusammentritts noch völlige Unklarheit hinsichtlich der Zusammenlegung des Landtagspräsidenten, da bisher zwischen den Parteien keinerlei Verhandlungen hierüber stattgefunden haben. Nationalsozialisten wie Zentrum erklären immer wieder, daß sie eine abwartende Haltung einnehmen. Unter diesen Umständen ist die Frage der Präsidiumsformation auch

Herriots Außenpolitik

Fortsetzung des Zardienturses — Kein Nachgeben gegenüber Deutschland — Sicherheit über alles — Die Rückwirkung der nationalsozialistischen Bewegung

Paris. Der kommende französische Ministerpräsident gab über sein außenpolitisches Programm sowie über seine Auffassung bezüglich der Landesverteidigung und Sicherheit. Er erklärte: Ich erachte die Anerkennung unserer Außenstände für unbedingt notwendig. Man kann nicht über etwaige Neu-Lösungen sprechen, solange die ursprünglichen Forderungen nicht anerkannt werden.

Die formalen Rechte Frankreichs müssen als Grundlage für unsere außenpolitischen Beziehungen dienen. Auf die Frage, was er zu tun beabsichtige, falls Deutschland die französischen Rechte bestreite und sofort zu verhandeln verweigere, erklärte er, daß man die deutschen Forderungen über Verhandlungsbasis unterbreiten müsse, falls das Reich bei Behauptung bleibe, schon mehr begehrt zu haben, als es rechtmäßig sei. Ein solcher Standpunkt von Seiten Deutschland ist jedoch schon deswegen ganz unverständlich, weil man sich nicht erklären könne, warum es die im Youngplan in allem Verpflichtungen angenommen habe. Alles in allem müsse die zukünftige Außenpolitik mit größter Vorsicht gehandhabt werden. Die leiseste Übertreibung der nationalsozialistischen Bewegung ebenso beständig, wie die geringste Schwäche sie ermutigen würde. Zur Landesverteidigung erklärte Herriot, daß er wohl die Absicht habe, Sparmaßnahmen durchzuführen. Er werde aber niemals irgend etwas an dem augenblicklichen Sicherheitsstand Frankreichs ändern.

Das neue belgische Kabinett

Brüssel. Das neue belgische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident u. Finanzminister: Renkin (Kath. Konservativ), Inneres: Carton (Kath. Konservativ), Landesverteidigung: Crokert (Kath. Konservativ), Industrie, Arbeit und Soziale Fürsorge: Heyman (flämischer Vertreter der Christlichen Gewerkschaften), Kolonien: Tschoffen (Wallonischer Vertreter der Christlichen Gewerkschaften), Landwirtschaft: Van Dievoet (Kath. Flamen), Desfentliches: Sap (Kath. Flamen), Außeres: Hyman's (liberal), Justiz: Cocq (liberal), Unterricht: Petitjean (liberal), Telegraphenwesen: Boveffe (liberal), Verkehrsweisen: Forthomme (liberal). Die neun Männer im Kabinett sind also die Minister Tschoffen, Forthomme und Sap. Der neue Kriegsminister Crokert, früher Kolonialminister, wird als ein Anhänger des französisch-englischen Militärabkommens bezeichnet. Der neue Kriegsminister Crokert gilt als ein Anhänger des französisch-belgischen Militärabkommens.

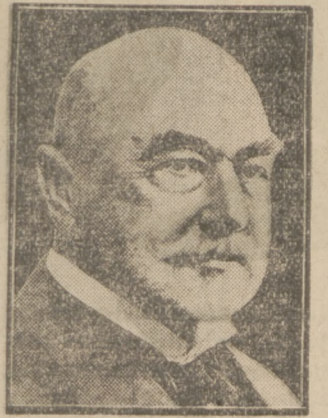
Brüning in Schwierigkeiten

Die Entscheidung liegt bei Hindenburg — Kein Reichstagszusammentritt vor Lausanne Die Rückwirkung aus Preußen — Keine Verständigung mit den Nationalsozialisten

Berlin. Das Reichskabinett nahm am Montag vormittag seine Beratungen über die endgültige Formulierung der neuen Notverordnung wieder auf. Es ist damit zu rechnen, daß die Kabinettsitzungen sich auch noch über den größten Teil der Woche erstrecken werden. Da der Reichspräsident erst am Sonntag, den 29. Mai wieder in Berlin weilen wird, kann vorher der vor der Veröffentlichung der Notverordnung vorgesehene Vortrag Brüning bei Hindenburg nicht stattfinden. Die Bekanntgabe der Notverordnung dürfte sich daher bis Anfang nächster Woche hinauszögern. Bis dahin dürften ebenfalls auch alle Fragen einer Kabinetts-ergänzung zurückgestellt sein.

Die Berliner Blätter weisen auf die Bedeutung des bevorstehenden Kanzlervortrages bei Hindenburg hin.

Die „DZ“ unterstreicht die sehr große Bedeutung des Vortrages des Kanzlers beim Reichspräsidenten, die sich schon darin offenbare, daß bereits von einer vertraulichen Frage die Rede sei, die Dr. Brüning an den Reichspräsidenten richten wolle. Der „Deutsche“ bemerkt, die Erklärung des preußischen Zentrums bejage, daß die Preußenfraktion zu keiner Koalitionsregierung die Hände bieten werde, die gegen die Person und den politischen Kurs des Reichskanzlers gerichtet wäre. Die Haltung des preußischen Zentrums schließt praktisch jede weitere Verständigung mit den Nationalsozialisten in Preußen aus. Die Entwicklung in Preußen werde also von der Klärung der Verhältnisse im Reich abhängen. Hier aber sei nicht zu sehen, wie die Nationalsozialisten sich Brüning und seiner Politik annähern könnten, denn ihr Ziel im Reich sei immer noch der Sturz des Reichskabinetts. Eine Umbildung des Reichskabinetts im Sinne eines völligen Kurswechsels erscheine angesichts dieser Tatsachen ausgeschlossen. Der Kanzler werde im Sinne seiner bisherigen Politik das Kabinett ergänzen. Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, der Kanzler sei der Ansicht, daß ihm die Ernennung eines Reichswehrministers noch gelingen könnte. Hierbei spiele der Plan eine Rolle, General Haase mit der Leitung des Reichswehrministeriums zu betrauen. Der „Börse-Furier“ gibt die Vermutung wieder, daß der Reichstag, der ursprünglich am 6. Juni wieder zusammentreten sollte, vor dem Ende der Lausanner Konferenz nicht mehr einberufen werde. Es habe den Anschein, daß alle politischen Entscheidungen bis zum Beginn der Konferenz zurückgestellt werden sollen. Beschlüsse liegen allerdings noch nicht vor.



Oldenburg-Januschau

einer der reaktionärsten Junker Deutschlands, unrühmlichen Gedankens, wird nach dem Tode Prof. Kahls, Alterspräsident des Reichstages.

Politischer Gefangenenaustausch

Zwischen Deutschland und Polen.

Deutschland. Dieser Tage wurde auf der hiesigen Grenzstation ein Austausch von politischen Häftlingen zwischen deutschen und polnischen Behörden durchgeführt. Von den deutschen Behörden wurde der bei Neuhöfen verhaftete deutsche Spionagerichter polnische Grenzkommissar Biedrzyński angeklagt, von den polnischen Behörden der seinerzeit wegen Spionage verurteilte Preis und der ehemalige deutsche Polizeiwachtmeister Jude, der im Zusammenhang mit den Grenz Zwischenfällen von Münsterwalde vor 2 Jahren zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Neuer Protest Chinas gegen Japan beim Völkerbund

Genf. Der chinesische Gesandte Yen übermittelte dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß die von der japanischen Regierung aus Shanghai zurückgezogenen Truppen jetzt zur Befestigung der Mandschurei verwendet würden, obwohl der in der Mandschurei geschaffene Scheinstaat noch immer einen integrierenden Bestandteil Chinas bilde. Undisziplinierte japanische Soldaten provozieren täglich die japanischen Truppen. Wenn Japan jetzt nicht vom Völkerbund gezwungen werde, endgültig auf alle seine Absichten zu verzichten und sein feindseliges Verhalten in der Mandschurei aufzugeben, so müsse mit dem Ausbruch eines Weltkrieges gerechnet werden.

Verschärfung der Streiklage in Griechenland

Athen. Die Streiklage in Griechenland hat sich weiter verschärft. Auch die Eisenbahner Mazedoniens sind in den Streik getreten. Der Simplon-Express blieb an der griechisch-serbischen Grenze liegen. Das Personal hat alle Züge der offenen Strecke verlassen. Die Behörden versuchen mit Hilfe der Militärs, die Züge wieder in Fahrt zu setzen. Straßenbahner in Saloniki und die Tabakarbeiter in Bolo haben ebenfalls den Streik angehängt. Wenn auch bereits Berichte über ein bevorstehendes Eingreifen des früheren Diktators Pangalos im Umlauf sind, so sichern doch die vorbeugenden Maßnahmen der Regierung bisher in ganz Griechenland die Ruhe.

„Der Mann, der Ritchener tötete“ verhaftet

New York. Nach 13-jährigem Suchen hat die New Yorker Polizei auf dem Broadway den Kapitän Fritz Joubert Duquesne verhaftet, der im Kriege Spionage für Deutschland getrieben hat. Duquesne wurde vor 17 Jahren wegen Brandstiftung angeklagt, gab sich als gelähmt aus und entfloh aus dem Krankenhaus. Duquesne wird auch von England wegen Mordes auf hoher See gesucht. In dem kürzlich erschienenen Buch „Der Mann, der Ritchener tötete“ von Clement Wood wird behauptet, daß D. für die Torpedierung des englischen Kriegsschiffes, mit dem Lord Ritchener zu Grunde ging, verantwortlich sei.

Moratorium in Oesterreich?

Wien. Am Montag nachmittag fand unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dollfus eine Ministerbesprechung statt. In einer amtlichen Mitteilung hierüber heißt es: „Da die erwartete Einigung der Mächte in Genf für eine Aktion für Oesterreich möglicherweise länger dauern kann als dies für Oesterreich tragbar ist, bereitet die Bundesregierung nunmehr eine Verordnung vor, um für den Fall der Devisensperre für Auslandsschulden die nötigen Maßnahmen für einen Schillingzinsendienst für die Auslandsschulden zu treffen.“ Der Ausdruck „Moratorium“ wird in dieser Vereinbarung sorgfältig vermieden.

Nach dem dem Vizekanzler nachstehenden „Neuen Wiener Extrablatt“ dürfte die Maßnahme so gedacht sein, daß die fälligen Zahlungen aus dem Schillingzinsendienst für die Auslandsschuld auf einem internationalen Konto bei der Nationalbank erledigt werden, von dem die Zinsempfänger Abhebungen für Inlandszahlungen in Oesterreich machen können.

Private Reparationsbesprechungen in Luxemburg?

Berlin. Wie der DSD aus Luxemburg erzählt, werden in der nächsten Woche dort mehrere deutsche Politiker und Großindustrielle erwartet, die sich auf neutralem Boden mit Vertrauensleuten Herrlots und der französischen Finanzbesprechungen werden. Gegenstand der Verhandlungen sei eine Zwischenlösung der Reparationsfrage.

Türkischer Ministerbesuch in Athen

Athen. Auf der Reise nach Italien statteten der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha und der Außenminister Tawfik Rüşdi Bey dem Ministerpräsidenten Venizelos und dem Staatspräsidenten Jains einen einständigen Besuch ab. Sie machten Mitteilung über die auf ihrer Rücklandreise gewonnenen Eindrücke und teilten dabei mit, daß Sowjetrußland den Wunsch habe, gute Beziehungen zu Griechenland zu unterhalten. Eine Einmischung in soziale oder wirtschaftliche Verhältnisse sei jedoch ausgeschlossen.

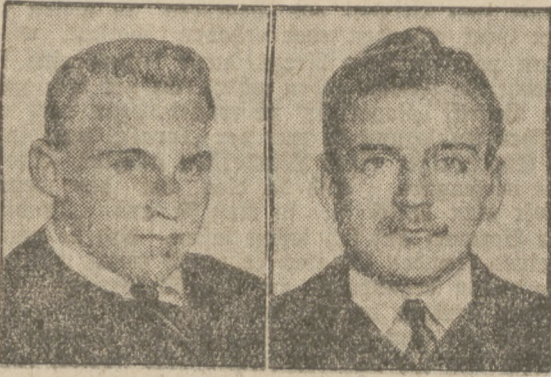
brachzulegen. Man wird nicht leugnen können, daß Danzig, besonders unter sozialdemokratischer Leitung, bemüht war, Polen weitgehendes Entgegenkommen zu beweisen, aber Warschau blieb im Entgegenkommen aus, was schließlich die heutige deutschnationale Regierung, unter Hitlers Garantie, ans Ruder brachte. Könnten die Sozialdemokraten nichts erreichen, so werden es die Nationalisten noch viel weniger, und das Geschrei um die Befehlungsgefahr, so ein großer Unsinn es auch war, man hat den Nationalismus auf den Höhepunkt getrieben, daß es immer mehr den Eindruck erweckt, daß hier jede Verständigung ausgeschlossen ist, und wenn sie auch auf dem Papier oder in staatsrechtlichen Deklamationen zum Ausdruck kommt, so ist sie doch praktisch ohne jedes Ergebnis. Denn die Nationalisten pflegen einander mit „Recht“ und patriotischen „Pflichten“ zu übertrumpfen, mag auch der Bürger dabei zum Teufel gehen!

Auch in der Agrarreform oder, besser gesagt, die einseitig angewandte Parzellierung deutscher Güter, hat wiederholt den Völkerbund beschäftigt. Auch hier blieben die Versprechungen, nach loyaler Handhabung, aus, und jetzt kommt sogar zum Ausdruck, daß Polen sich eine Rüge holen mußte, weil in vertraulichen Gutachten zugegeben werden mußte, und der Völkerbund hat dies mit aller Klarheit festgestellt, daß die deutsche Minderheitsbeschwerde zu Recht eingebracht wurde. Ein Untersuchungsausschuß wird die Frage noch weiter überprüfen, und da finden wir, daß nun auf einmal eine Regierung der anderen, das Recht abspriecht, sich seiner Volksgenossen annehmen zu dürfen. Flugs ist man bei der Hand und erklärt, daß die Prozedur der Minderheitsbeschwerden abgeändert werden müsse, und selbstverständlich werden zugleich die Beschwerdeführer als Fabrikanten von Material gebremst, welches sich angeblich gegen Polen richtet. Und doch war es so einfach, diesen Fabrikanten die Möglichkeiten zu dieser „antipatriotischen“ Tat zu nehmen, indem man nur die Kleinigkeit erfüllt hätte, von der bisherigen Praxis der Agrarreform, gegenüber deutschen Gutbesitzern, abzurufen. Wir sind selbstverständlich für eine weitgehende Agrarreform, im Dienste der breiten Massen, aber wir wissen recht wohl, daß jede Parzellierung deutschen Grundbesitzes, auch die Wegnahme von Arbeitsstellen für deutsche Volksgenossen bedeutet. Aber auch hier zeigt es sich, daß man wohl Recht bekommt, aber aufgeteilte Güter können höchstens besser bezahlt, keinesfalls, aber wieder, Arbeitsstellen für deutsche Landarbeiter schaffen.

Verträge sind Papierfetzen, wenn ihnen der Geist fehlt, der sie dem realen Leben anpaßt. Und darum stehen wir nach, wie vor, auf dem Standpunkt, daß die Bereinigung der deutsch-polnischen Gegensätze viel wichtiger ist, als alle Völkerbundsentscheidungen, die in Wirklichkeit die Konflikte nur verschärfen, sie aber nie zur Lösung bringen. — II.

Borah gegen Hoover

Washington. Senator Borah erklärte Pressevertretern, daß er im nächsten Monat weder an dem republikanischen Parteitag in Chicago, noch an den anschließenden Veranstaltungen der republikanischen Partei teilnehmen werde. Diese Erklärung hat in politischen Kreisen große Aufsehen hervorgerufen. Die Beziehungen zwischen Borah und Hoover waren in den letzten Monaten ausgesprochen kühl. Borah besuchte das Weiße Haus äußerst selten. Er macht keinen Hehl aus der Enttäuschung, die Hoover ihm angeblich bereitet hat.



Die österreichische Polar-Expedition vor der Abreise

Dr. Rudolf Kunit-Schneider (links) und Dr. Hans Tollner (rechts), die Führer der österreichischen Polar-Expedition 1932, die jetzt die Reise in die Arktis angetreten hat, wo vor allem umfangreiche magnetische Forschungsarbeiten geplant sind.

Von Hanns Gobsch Wahn-Europa 1934

35) „Für wen denn das Blutopfer? Für die sieben Volksreize, die das Land dann noch träge? Völker haben für ihre Ehre und Freiheit zu leben, nicht sinnlos zu verrecken! Baron, wer bereitet denn Völkermord? Doch wir sogenannten Staatsmänner! Mit unserm Gehirnmuskel, mit unserm Herzenskraft oder unserm Unfähigkeit! Sollen Völker wie bisher abhängig sein vom guten oder schlechten Willen ihrer Minister? Die Zeiten, lieber Baron, wo Völker noch willig waren, für Willkür ihrer hohen Herren auf Schlachtfeldern zu verbluten, sind vorbei!“ Brandt tritt dicht an den Sessel des Ministerpräsidenten heran und legt beide Hände auf die alten Schultern des Reichsaartgen. Wann und Hineinredet redet jetzt kein Astetenmund: „Verzeihen Sie meine Schroffheit, Baron, aber unsere Sprache muß klar und hart sein, denn die Situation ist hart und mitteillos. Ihre Regierung sitzt in der Sackgasse. Sie wollen nicht zurück, haben aber auch nicht die Gewissenhaftigkeit, den Weg bis zur Katastrophe zu gehen. Vor der Tür Ihres Kabinetts heult schon mit hohen Augen der Krieg. Frankreich kommt schwerlich ungaripft aus solcher Lage heraus. Der Gedanke, Ihrem Volk eine moralische Niederlage heimzubringen, ist Ihnen unerträglich, ich kann das verstehen. Ich mache Ihnen einen Vorschlag, Baron...“ Er beugt sich noch näher zu Saint Brice herunter und spricht rascher, dabei gedämpfter. „Demissionieren Sie! Bitte, erregen Sie sich nicht. Treten Sie ab mit Ihrem Kabinett. Ich will Ihnen ersparen, angesichts der Gegner eine

Rechtschwendung vorzunehmen. Ueberlassen Sie mir den Rückzug! Meine Schultern sind breit und robust genug, schauwinziger Anpöbeln zu tragen. Ich nehme auch gelassen das schadenfrohe Grinsen des Herrn Capponi auf meinen Rücken, denn ich weiß, daß ich dann für Frankreich und Europa mehr getan haben werde als die, denen der Krieg eine ultima ratio schien.“

Langsam, wie ein aufgeschobertes Gespenst, ist Saint Brice noch während der letzten Worte aus dem Sessel hochgezittert. Die Augenlider sind gerötet, zucken vor Erregung. Solcher Schimpf widerfuhr dem Aristokraten noch nie in siebzig Jahren! Beiseitegeschoben werden wie ein bemitleidenswertes Ding...! Von einem Stärkeren sich gnädig die Verantwortung abnehmen lassen...!

„Sie verkennen vollkommen unsere beiderseitige Position“, flößt er zwischen lauten Atemzügen hervor. „In meinem Kabinett bilden Sie mit Ihren beiden Gesinnungsreunden eine winzige Minorität, hinter mir stehen zwölf Minister, auch der Herr Präsident der Republik. Ihre weitere Mitarbeit — ich bedauere es ehrlich — verspricht kein gedeihliches Zusammenwirken...“

„Ich werde so lange Minister bleiben, wie es mir für Frankreich Segen verspricht!“ Fest und ruhig klingen Brandts Worte.

Saint Brice horcht auf. Das ist Hohn auf parlamentarische Gepflogenheiten! Streift schon bedenklich in die Zone des Verfassungsbruches hinein! — Aber Saint Brice beherrscht sich. In dieser Minute sollen sich die Kräfte noch nicht entscheidend messen. So sagt er nur kühl und höflich: „Ich lasse Sie nicht im Zweifel darüber, daß Herr Rimbot binnen einer halben Stunde abberufen sein wird.“

Ehe Brandt erwidern kann, klappt schon die Flügeltür hinter dem Ministerpräsidenten ins Schloß.

Brandt stützt sich mit ausgestreckten Armen gegen den Tisch. Die Augen fallen ihm zu. Er ist todmüde. Seit drei Tagen und drei Nächten war er angeschrien. Sein Körper hat das Gefühl, daß er noch fliegt. Er hört das dröhnende Meer, pochende Motore, Sturmheulen, das in den Tragflächen jerrt. Traumhaft empfindet er das Arbeitszimmer, es drückt mit seinen vier Wänden wie eine Gefängniszelle. — Er reißt die Vorhänge aus einander. Draußen über der Seine flammt das Purporrot der frühen Sonne. Ubertausende stehen auf dem Quai zusammengepackt. „Brandt...! Brandt!“ — Man hat vor unten seinen Kopf im Fensterrahmen erkannt. „Brandt! Brandt!“

Er zieht sich rasch ins Zimmer zurück. Laroque, ebenfalls noch im Jagdrock, erschaint in der Tür, die Wappe im Arm.

„Laroque! Vor zwölf Stunden hatten wir reinere Luft in der Nase!“ versucht Brandt zu scherzen.

Laroque legt sich an die Schmalzeite des Tisches und schaut sein verschleiftes Lächeln. „Vielleicht muß unsere Erde wirklich erst getrennt werden“, spöttelt er, „ehe es eine Auferstehung gibt...“

Im Vorzimmer, das dem Arbeitsraum des Ministers noch gelagert ist, räkelt sich zwischen beiden Postern Ministerialdirektor Rougemont, Kangleidiregent des Amtes. Er zieht an der Zigarette, die ihm lässig aus einem Mundwinkel hängt und die er nur herausnimmt, um zu gähnen.

Am Fenster steht Dr. Robert, der Presseschef. „Unheimlich, die Massen da unten...“ murmelte er hastig laut. „Ganz Paris ist mit Elektrizität geladen, jeden Augenblick könnte eine Entladung erfolgen...“ Er dreht sich um und steht Rougemont an.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Eviva Matteotti!

Wie das eigentlich kam, das wird niemand wissen, aber es hat den Anschein, daß wir mit den italienischen Faschisten sehr gut „befreundet“ sind. Das erfahren wir von der Sanacjapresse, die doch in solchen Sachen maßgebend ist. Gewiß sind wir mit Frankreich befreundet, aber nur offiziell, weil dort die Kapitalisten zu sehr an Bedeutung gewinnen, und wir sind keine Kapitalisten, wenn wir auch hier und da, so manchen den Bolschewisten erlauben und auch bei uns einführen. Mit Hitler können wir uns nicht vertragen, obwohl wir uns zu seiner „Idee“ ein wenig bekennen, aber nur deshalb, weil er in Deutschland wirkt und wir müssen doch grundsätzlich alles Deutsche, nach den Methoden des „Blagieretks“, hassen und verdrehen. Eigentlich ist Hitler nicht unser Feind, denn er ist ein Böhme, und für die Böhmen haben wir immer noch ein halbes Herz übrig, aber wir nehmen es ihm übel, daß er, anstatt in Böhmen zu wirken, sein Betätigungsfeld nach Deutschland verlegte. Vielleicht werden wir uns mit den Hitlerianern doch noch ausöhnen, überhaupt, wenn wir berücksichtigen, daß wir mit italienischen Faschisten gute Freunde sind, und die italienischen Faschisten wiederum gute Freunde von Hitler seien. Ein Kad der Freundschaft, greift in das andere, und die große Kantonade der Sanacjapresse, gegen die Hitlerianer, müssen wir als eine Rückzugslinie ansehen, bis die geeignete Zeit kommen wird, daß man sich in den Armen liegen wird, um dann vereint gegen die Demokratie zu marschieren.

Mit den italienischen Faschisten gehen wir schon Arm in Arm spazieren. In der letzten Zeit haben wir eine Abordnung nach Italien geschickt, um unsere Gefühle für Faschismus zum Besten zu bringen. Paar Duzend Auserwählte haben Mussolini unsere Herzensgrüße zu Füßen gelegt, und da der Duce uns nichts schuldig bleiben wollte, so hat er eine Besten ausgesucht und zu uns herübergeschickt. Sie haben alle so aus, wie er, trotzig und aufgeblasen, wie die alten Römer, zur Zeit des Kaisers Augustus. Diese Herren nannten sich Kombattanten, was auf deutsch Kämpfer heißt, nur weiß man nicht recht, ob das Kämpfer aus dem Weltkriege waren, die vor den „Böches“ den Reichsaus gemacht haben, oder Kämpfer für den Faschismus. Das letztere dürfte hier zutreffend sein, denn es ist leichter, für den Faschismus zu kämpfen, überhaupt, wenn man einen unvorhergesehenen Gegner vor sich hat, der nur in einer Idee bewaffnet ist und für seine Ueberzeugung kämpft. Der Sieg war hier leicht zu erkämpfen gewesen, und jetzt wird er vertieft und zwar in dem Sinne, daß jegliche Opposition mundtot gemacht wird.

Die Herren Kombattanten bereiten ganz Polen, haben uns auch mit einem Besuch beehrt und wurden auf das freundlichste bewirbt, auf Kosten der Allgemeinheit natürlich. Sie waren auch voll Lob für unseren Faschismus gewesen und betrachteten unser Land, als die Fortsetzung Mussolinis. Aber sie kamen auch nach Galizien, dieses Galizien, über welches wir manchmal abfällig zu reden gewohnt sind, weil wir es von der schlechten Seite kennen, jener des „Blagieretks“ mit dem Krakauer Journalisten, der sich eines traurigen Rufes erfreut, an der Spitze, und jener Mitarbeiter, die zu uns gekommen sind, um uns Patriotismus und Vaterlandsliebe beizubringen. Aber in Galizien leben noch andere Bürger, mutige Leute, auf die wir stolz sein können. Wir erinnern hier an die Aussagen des Universitätsprofessors Kott aus Krakau, in dem Brester Prozeß, auf den wir wirklich stolz sein können. Seine Kollegen von der Jagiellonen-Universität, sind genau solche mutige Männer, wie Professor Kott, und solange solche Männer noch in Polen leben, kann man uns aus der Gemeinschaft Westeuropas nicht ausschließen.

Also in Galizien war es, wo sich auch die italienischen Kombattanten feiern ließen. Sie kamen nach Tarnow, das etwa eine Stunde Bahnfahrt hinter Krakau liegt und wo die großen Städtewerke erbaut wurden, die wir unter der Bezeichnung „Moscice“ kennen. Als die italienischen Kombattanten den Bahnhof von Tarnow verlassen haben, um die Stadt und Moscice zu besichtigen, ertönten Rufe: „Eviva Matteotti!“ Auf diese Rufe war niemand vorbereitet und sie waren so zahlreich, daß sie die Musikkapelle übertönten. Eine Konfirmierung trat ein, bis die Polizei einschritt. Sie nahmen eine Reihe von Verhaftungen vor und trieb die Menge auseinander. Durch diese Rufe war die ganze Herrlichkeit zum Teufel, und sie werden lange Zeit den Italienern in den Ohren klingen. Man nahm auch Abstand von der Stadtbefichtigung, brachte die Käse unter postzeilicher Bewachung nach Moscice und zurück zum Bahnhof, und sie verließen gedrückt die gastliche Stadt Tarnow, welche ihnen den Nord an Matteotti in Erinnerung brachte, als sie wählten, ihr Gewissen bereits beruhigt zu haben. So hat der faschistische Besuch in Polen geendet, von dem die Mussolinifreunde nicht erbaut sein dürften. Eine Anzahl von P. P. Genossen sieht nach im Gefängnis, die da den Mut hatten, „Eviva Matteotti“ zu rufen. Man wird ihnen sicherlich einen Prozeß machen, damit die Faschisten sehen, daß wir zu ihrer Sache treu halten.

Wichtig für Mitglieder des Knappschaftsvereins
Nach einer Bekanntmachung der Verwaltung der „Spolka Bracka“ in Tarnow, wurde die Entrichtung der Anerkennungsgebühren für die früheren Knappschaftsmitglieder in einer gemeinsamen Sitzung zwischen der „Spolka Bracka“ und der Reichsknappschaft bis zum 30. Juni 1932 verlängert. Gegenstandslos wird das Abkommen dann, wenn die deutsch-polnische Vereinbarung über die Sozialversicherungen früher in Kraft treten sollte, die die Verfallzeit der abgelaufenen Zeit überhaupt befreit. Alle früheren Mitglieder des deutschen Knappschaftsvereins, die in Polen ihren Wohnsitz haben und verpflichtet waren, die rückständigen Anerkennungsgebühren zu bezahlen, können auf Grund des neuen Abkommens, die Anerkennungsgebühren bis zum Ende Mai d. Js. bezahlen. Auskünfte werden von den zuständigen Knappschaftsämtern oder der „Spolka Bracka“ m.

Arbeitslosendemonstrationen im Industriegebiet

Die Arbeitslosen der Alenphasgrube ziehen nach Rattowik — In Zawodzie fanden auch Arbeitslosendemonstrationen statt — Das Vorgehen der Polizei in Kosdzin-Schoppinik

Gestern vormittag sammelten sich vor dem Gemeindehause in Zalenz gegen 2000 Arbeitslose an, meistens reduzierte Arbeiter der Alenphasgrube, und verlangten die Auszahlung der Unterstützung. Es wurde den Arbeitern erklärt, daß sie die ihnen gesetzlich zustehende Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben und die „dorazna“ wird ihnen später zugesprochen. Daraufhin wollten die Arbeitslosen nach Rattowik ziehen, doch stellte sich ihnen eine Polizeiabteilung, in Stahlhelmen, entgegen. An die Adresse der Polizei richteten die Demonstranten verschiedene Ausrufe, worauf jedoch die Polizei nicht reagierte, hielt aber den Zug an und drängte ihn langsam zurück. Inzwischen erschien in Zalenz Stadtrat Dr. Przychyła, der eine Abordnung der Arbeitslosen empfing und ihr versprochen hat, daß nach vollzogener Registrierung, die „dorazna pomoc“ Allen zugesprochen wird. Daraufhin zerstreute sich der Demonstrationzug.

Im Ortsteil Zawodzie versammelten sich die Arbeitslosen vor dem Rathaus, erhielten aber die Unterstützung nicht ausgezahlt, weil die Kasse leer war. Die Arbeitslosen wollten nach Rattowik, doch stellte sich ihnen die Polizei entgegen, und trieb sie auseinander.

Blutiger Verlauf der Arbeitslosendemonstration in Kosdzin-Schoppinik.

Am gestrigen Montag fand die Auszahlung der Unterstützungen an die Arbeitslosen in Kosdzin-Schoppinik statt. Dabei mußten die Arbeitslosen wahrnehmen, daß man ihnen

die Unterstützungen um weitere 20 Prozent des am 16. d. Mts. gekürzten Zuschusses verringert hat. So wurden Unterstützungen von 5 auf 4 Zloty in der Woche herabgesetzt. Die ledigen Arbeitslosen mußten

zum größten Teil vollständig leer ausgehen. Daneben ist einer großen Masse von Beziehungsberechtigten die Auszahlung gesperrt worden.

Die oben angegebenen Ursachen erregten die Gemüter der Arbeitslosen, die sich in wüsten Schimpfereien über diese unhaltbaren Zustände machten. Gleich darauf erschien ein starker Polizeifordon in der Nähe des Fürzorgeamtes und ging mit Gummiknüppeln gegen die Wehrlosen vor. Der Kampf der Gummiknüppel setzte sich durch die Straßen fort, bis an die katholische Kirche, in der, zu gleicher Zeit, der Bischof die Firmung vornahm. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Dabei entspann sich ein Kampf der Verhafteten mit der Polizei. Unter den Verhafteten befand sich eine gewisse Frau Ahtelik von der ul. Warszawska. Junge Leute versuchten,

die Frau, auf die rücksichtslos eingehauen wurde, zu befreien. Dabei wurden mehrere junge Leute besinnungslos zu Boden geschlagen. Die Frau selbst brachte den Beamten Kratzwunden bei. Aber auch hier ließ man nicht ab von ihr. Trotzdem sie eine klaffende Siebwunde am Kopfe davongetragen hatte und

Gesicht und Kleider mit Blut überströmt waren, schlug einer der Beamten immer weiter auf sie ein, daß bei diesem Anblick Frauen ohnmächtig wurden. Die anderen Verletzten wurden von den, der Firmung wegen auf die Beine gebrachten, Sanitätern des polnischen Roten Kreuzes im Brauereigarten versehen. Die Firmung wurde bis zur Heritellung der Ruhe unterbrochen, um darauf auf dem Kirchplatz fortgesetzt zu werden. Die Aufregung der Bevölkerung über die Rücksichtslosigkeit der Polizei ist sehr groß.

Lebensmittelteuerung und Lebensmittelfälchung

Die Viehpreise auf der Centralna Targowica — Die Ausfuhr nach England und ihre Folgen — Butter wird auch exportiert — Die Fleischer fälchen die Fleischprodukte — Milchpantfereien

In den letzten Wochen beobachten wir ganz ungewöhnliche Preisprünge auf der Myslowitzer Centralna Targowica, die bekanntlich den Industriebezirk mit Schlachtvieh versorgt. Früher war noch in Sosnowice eine Targowica gewesen, die dem Myslowitzer Viehmarkt eine Konkurrenz bereitere. Die Behörden haben jedoch den Sosnowicer Viehmarkt aus sanitären Gründen geschlossen, weshalb wir lediglich auf Myslowitz angewiesen sind. Die Viehhändler in Myslowitz verstehen die Situation auszunutzen, weshalb die Notierungen bei uns die höchsten in ganz Polen sind. Sie sind um 30 Prozent höher als in Polen.

Vor einem Monat wurden in Myslowitz Mastkullen, beste Sorte, mit 76 bis 80 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht, Mastschweine 78 bis 82 Groschen pro Kilogramm angeboten. Am 17. Mai wurden notiert:

Mastkullen 86 bis 90 Groschen Lebendgewicht, und Mastschweine 1.70 Zloty per Kilogramm.

Die Preise für Großvieh sind ein wenig gestiegen, was mit Rücksicht auf die Jahreszeit erklärlich ist. Der Bauer treibt das Vieh auf die Weide und die Futterfrage ist für ihn einstweilen nicht brennend, weshalb er sein Vieh nicht abstoßen muß. Augenfällig ist die Anziehung der Preise für Borstentz, von 80 Groschen auf 1.70 Zloty. Vor einer Woche waren die Preise noch viel höher, denn für Mastschweine wurden in Myslowitz 1.80 Zloty verlangt und gezahlt. Was ist denn hier die Ursache, daß die Preise solche tolle Sprünge machen? — In Dänemark ist ein

Streit der Fleischerarbeiter

ausgebrochen, die Fleischwaren nach England exportieren. Dadurch war England genötigt, Fleischwaren aus Polen einzuführen, weshalb bei uns die Preise für Schweinefleisch so rapid in die Höhe gingen. Die hiesigen Fleischerporteuere haben ein glänzendes Geschäft gemacht. Sie haben die Fleischpreise für den Inlandskonsum den Exportpreisen angepasst. Wohl sind die Exportpreise nicht so hoch, aber die Regierung zahlt den Exporteuren hohe Exportprämien. In einem einzigen Monat haben die Exporteure ganze Geldhaufen eingestekt und jetzt reiben sie sich die Hände. Die Regierung und die Inlandskonsumenten haben ihnen die Taschen vollgestopft. Man muß sich wirklich wundern, daß solche Zustände bei uns möglich sind.

Leute, die schon genügend reich sind, erhalten noch aus den Steuergeldern Prämien und plündern zugleich die Taschen der Konsumenten.

Lehnhlich liegen die Dinge mit den Butterpreisen. Ein Pfund Butter, Tafelbutter, konnte man schon für 1.70 Zloty haben. Mäßig sind die Preise bis auf 2.50 Zloty gestiegen, und zwar im schönen Monat Mai, als Grünfutter

massenhaft vorhanden ist. Wir wußten sofort, was los ist, und wir haben uns nicht geirrt. Man führt polnische Butter nach Lettland und von dort nach Deutschland aus. Die Butterexporteure bekommen vom Staate natürlich auch die Ausfuhrprämien, denn ohne Prämien geht es bei uns eben nicht. Durch den Export hat man aus dem armen Volke viele Millionen Zloty mehr herausgepreßt, und das haben diejenigen eingestekt, die schon wirklich genug haben.

Nun geht noch die Kehrseite der ganzen Sache, was auch sehr interessant ist. In Rattowik haben wir eine

Lebensmittelüberprüfungsanstalt, eine sehr nützliche Institution, die sich aber bis jetzt noch nicht durchsetzen konnte. Wir schenken dieser Anstalt viel zu wenig Beachtung, obwohl sie für uns alle wirkt. Diese Untersuchungsanstalt für die Lebensmittel entnimmt von Zeit zu Zeit aus den einzelnen Verkaufsläden Proben, die dann unter die Lupe genommen werden. U. a. hat die Anstalt bei einigen Rattowitzer Fleischern solche Proben entnommen. Im ganzen waren es

31 verschiedene Wurstwaren. Was hat die Anstalt festgestellt? Sie hat festgestellt, daß in diesen Wurstwaren Beimischungen, wie Mehl und Semmelmehl, daß die Räucherwaren künstlich geräuchert waren.

Von den 31 Proben wurde in 18 Fällen eine Fälschung festgestellt, die nach dem Lebensmittelgesetz strafbar ist. Nicht genug, daß die Fleischer die Preise in die Höhe treiben, aber sie fälchen noch die Wurstwaren und das Räucherfleisch. Das verdient festgenagelt zu werden. Das Untersuchungsamt hat

17 Butterproben entnommen und mußte feststellen, daß in 8 Fällen die Butter gefälscht, indem sie mit anderen Fetten gemischt war. Bei 535 Milchproben hat die Untersuchung 65 Fälschungen festgestellt. 20 Prozent aller Lebensmittel in Rattowik sind gefälscht.

obwohl die Stadtpolizei hier sehr hinterher ist. Wie mag es da erst in der Umgebung von Rattowik ausschauen, wo man die Sache nicht so sehr genau nimmt. Wir müssen verlangen, daß alle Fleischer und Lebensmittelhändler, die die Lebensmittel fälchen, öffentlich namhaft gemacht werden, damit sich die Konsumenten vor ihnen schützen können. Selbstverständlich muß hier auch die

Strafbehörde zugreifen, und durch hohe Strafen den Fleischern die Lust zu Fälscherei austreiben. Die Fleischer und Lebensmittelhändler nehmen auf die Konsumenten keine Rücksicht, betrügen sie beim Wiegen und Messen und nehmen lieber mehr als weniger. Da darf unter keinen Umständen die Fälschung der Lebensmittel geduldet werden.

Der Demobilisierungskommissar reduziert weiter

Gestern fand beim Demobilisierungskommissar eine Arbeiterreduktionskonferenz statt. Die Verwaltung der Donnersmarktgruben hat beantragt, 1000 Arbeiter abbauen zu können. Auf vier Gruben, und zwar Blüchergrube, Schlesingergrube, Deutschlandgrube und Donnersmarktgrube, sollten je 250 Arbeiter abbauen. Der Demobilisierungskommissar hat die Hälfte abgehandelt und genehmigte die Reduktion von je 125 Arbeitern auf den vier Gruben, zusammen 500 Arbeiter.

Arbeitslose überfallen angelegte Arbeiter

Auf der Bahnstrecke Zebrynowice—Moszczenica waren mehrere Arbeiter beschäftigt, die ordnungsmäßig zur Arbeit vermittelt wurden. Gegen 80 Arbeitslose, die sich um diese Arbeit vergebens bemüht haben, überfielen ihre Arbeitskollegen und schlugen sie in die Flucht. Die Polizei mußte eingreifen und die Arbeiter bei der Arbeit beschützen.

Rattowik und Umgebung

3 Monate für Beamtenbeistehung.

Am 22. Februar d. Js. wurde die Polizei nach einem Rattowitzer Hotel angefordert, in welchem mehrere verdächtige Männer abgestiegen waren, in deren Bekleidung sich junge Mädchen befanden. Es lag anfangs der Verdacht vor, daß man es mit Mädchenhändlern zu tun hätte. Beim Abtransport nach der Polizeiwache soll einer der Männer, ein gewisser Monachom Kamieniec aus Lodz, einen Bestechungsversuch an zwei Kriminalbeamten vorgenommen haben. Einer der Kriminalisten führte aus, daß Kamieniec auf ihn einsprach, die Angelegenheit einschließen zu lassen und daß es eine Bestechung geben würde. Angeblich wurden je 100 Zloty angeboten.

Monachom Kamieniec, welcher sich am Montag vor dem Landgericht Rattowik zu verantworten hatte, wollte sich zu keiner Schuld bekennen. Er erklärte, daß sich bei der Legiti-

Roter Sport

R. A. S. Sila Michalkowik — R. A. S. Naprzob Emanuelsejden 6:3 (3:2).

Die Begegnung stieg als Verbandspiel und endete mit einem sicheren Sieg der Michalkowiker. Genosse Rosmalla, Jednosc Königshütte stellte bei schönem Spielverlauf beide Parteien zufrieden. Einem Teil der Zuschauer dürfte es noch nicht bekannt sein, daß die Regeln der Arbeiterfußballer sich von den allgemein gültigen Regeln vielfach unterscheiden. Darauf mögen wohl die Anpöbelungen von seiten gewisser Zuschauer, die nur auf den Sportplatz kommen, um zu häkeln, zurückzuführen sein. Den Emanuelsejdener Verein trifft daran keine Schuld.

R. A. S. Sila Gieschwald — R. A. S. Tur Schoppowik 4:2 (3:0).

Die Gieschwalder konnten auch aus diesem Treffen Punkte mit nach Haus nehmen und sind jetzt mit fünf Spielen und keinem Verlustpunkt an der Spitze der Tabelle im Rattowiker Unterbezirk. An zweiter Stelle steht mit ebenfalls keinem Verlustpunkt, jedoch erst vier Spielen, ihr Namensvetter aus Michalkowik.

Leider trifft auch hier wieder der bereits oben gerügte Umstand ein, das die Zuschauer in Unkenntnis der Regelschiede die Entscheidungen des Schiedsrichters zu korrigieren versuchen und daher eine Atmosphäre schaffen, die meistens mit einer Explosion abschließt. Wenn sich das in Ems noch überbrücken ließ, so sah es hier weit bedrohlicher aus, so daß sich Genosse Jtkner-Ruch Ruda, gezwungen sah, das Spiel 12 Minuten vor Schluß abzupfeifen. Der zu diesem Spiel nominierte Unparteiische Genosse Klemens-Chropaczow, konnte einer Beinverletzung wegen nicht erscheinen.

Fußball.

Rattowik — Gleiwitz 3:2 (1:1).

Mit größtem Erfolg gastierte die sogenannte Rattowiker Städte-Elf, die sich in Wirklichkeit durchweg aus der ersten Mannschaft des 1. R. A. S. zusammensetzt, am Sonntag in Gleiwitz. Das Gleiwitzer Team hingegen bestand aus der Elite mehrerer Vereine und bot ein schwer zu nehmendes Hindernis. Um es vorweg zu sagen: Die Gäste überraschten auf Grund ihrer einheitlichen und technisch hochstehenden Leistungen das nach einigen Hunderten zählende Publikum auf das Angenehmste. Das Spiel selbst, dem Genosse Körnig-Deutsch-Oberschlesien ein vorzüglicher Leiter war, nahm in Kürze folgenden Verlauf.

In der 15. Minute erzielten die Einheimischen den 1. Erfolg, welchem in der 37. Minute der Ausgleich folgt. Mit diesem Resultat ging es in die Pause. Nach dem Wechsel mocht sich die technische Ueberlegenheit der Rattowiker durch zwei weitere Goals bemerkbar. Die Gleiwitzer hingegen sahen, daß trotz ihrer Defensivität das Unentschieden nicht zu halten war und gehen nunmehr zu einem Generalangriff vor. Der Erfolg war ein zweiter Treffer. Trotz größter Ambition konnten sie den Ausgleich nicht mehr erzwingen. Das Resultat entspricht dem Stärkenverhältnis. Die Rattowiker Mannschaft, die eines ihrer schönsten Spiele lieferte, hatte folgendes Aussehen:

	Stowik	
Kiesner	Grzyrbowski	Mois
Tiel	Hammer	Walter
Jelinek	Adamus	Ocana
		Glomb
		Nawrat

leien war, einen kurzen Vortrag über sozialistische Schutzgesetz. Von dem berichtigten Sozialistengesetz der 90er Jahre ausgehend, erläuterte er den heutigen Stand und die Einstellung der Staatsregierungen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung. An und für sich sind die republikanischen Staatsregierungen keine Gegner des Sozialismus. Lediglich die Unterorgane versuchen hier Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Die weiteren Punkte waren dem organisatorischen Ausbau der Ortsgruppe gewidmet. Die Ortsgruppe ist fest an der Arbeit, auf allen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung vorwärtszutreiben. Eine Sportabteilung, welche alle Zweige der Körperkultur umfassen soll, ist im Entstehen begriffen. Die Mandolinabteilung, welche einige Proben ihrer kurzen Tätigkeit vorführte, leistet schon recht Erfreuliches, die Frauengruppe war schon stärker vertreten. Zu diesen Punkten gab es eine rege Diskussion. Jeder Genosse ist am Aufbau interessiert. Genosse P. gab in allen Fragen die nötigen Aufklärungen. Ein Ausflug mit Kind und Regel nach dem Badeort in Puzelawka, ist für Sonntag beschlossen worden. Als Abschluß hielt der, als Gast weilende, P.S.-Genosse K., einen kurzen, aber interessanten Vortrag über die heutige Arbeiterbewegung, mit dem Ausklang: gemeinsame Zusammenarbeit aller arbeitenden Frauen und Männer, Abkehr von Alkohol und anderen Verdaummungsmitteln und eine große Einheitspartei, sind die Vorbedingung für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Nach Einbringung kleinerer Anträge fand die anregend verlaufene Versammlung nach dreistündiger Dauer ihren Abschluß.

Ein guter Griff. Am Sonnabend nachmittags, ist in die Wohnung der Witwe Janotta auf der Beuthnerstraße 19, in Abwesenheit der Inhaberin, ein Einbruch verübt worden. Den Dieben fiel die ansehnliche Summe von 2400 Floty in die Hände, welche sie aus einem Verbot im Bett heraus schnüffelten. Der Vorfall ist der Polizei gemeldet worden. Die Einbrecher sind bis jetzt unbekannt.

Diebstahl. In vergangener Woche wurde einer armen Witwe, der Frau Heimich, auf der Koscielna Nr. 9, aus dem Hofe ein Handwagen gestohlen. Der Verlust ist umso bedauerlicher, als die Witwe sich nur vom Kohlenammeln erhält und daher den Wagen dringend braucht. Die Herren Spitzbuben könnten auch rücksichtsvoller sein.

Myslowitz

Die Entwicklung der städtischen Sparkasse in Myslowitz. Die Entwicklung der Myslowitzer städtischen Sparkasse hat trotz der herrschenden Wirtschaftskrise keine Einbuße erlitten. Davon zeugen die stets wachsenden Einlagen der Spargelder, die in ihrer Zusammenstellung eine wachsende Tendenz aufweisen. Die Einlagen betragen im Jahre 1924 — 8345,34 Floty, 1925 — 18 262,03 Floty, 1926 — 42 679,62 Floty, 1927 — 124 210,31 Fl., 1928 — 392 398,18 Floty, 1929 — 552 542,41 Floty, 1930 — 883 697,74 Floty, 1931 — 1 067 471,47 Floty und sind bis zum 30. April d. Js. auf 1 120 633,06 Floty angestiegen. Die Ruhepfeiler der in der städtischen Sparkasse in Myslowitz sind durchweg Handwerker, Kaufleute usw. aus Myslowitzer Bürgerkreisen, sowie aus solchen aus der nächsten Umgebung, die die Leihsumme für Bau-, Renovierungsarbeiten usw. benutzen. —h.

Plesch und Umgebung

Emanuelsejden. (Garten- und Friedhofschanzer.) Am Sonnabend bot sich den Gartenbesitzern in ihren Gärten ein trauriges Bild. In der Nacht haben Diebe sämtliche Blumen, wie Tulpen, Narzissen u. a. abgeschnitten. Ebenso plünderten und zerbrachen sie einige Fliedersträucher. Dabei richteten sie an den eingepflanzten Beeten enormen Schaden an. Auf dem Friedhof haben die Vandalen ebenso gehandelt. Von Gräbern wurden ebenfalls Tulpen, Bergfarnen, sowie an einigen Gräbern die, tagsvorher eingepflanzten, Blumen herausgerissen. Die Diebe hatten die gestohlenen Blumen am nächsten Tag auf dem Rattowiker Markt feilgeboten. Der Polizei gelang es, die Täter festzustellen. Soffentlich werden sie streng bestraft, umso mehr, als es sich hier nicht um Erwerbslose handelt.

Golassowik. (Ist das keine Schikane?) Wenn wir über die Behandlung der Bevölkerung auf dem Lande etwas schreiben, so fühlen sich die Herren beleidigt und laufen zum Kabi. Alles, was sie tun, das ist angeblich im Interesse des Staates und der Allgemeinheit. In vielen Fällen sind die Richter einer anderen Meinung, sehen die Fehler ein und sprechen die angeblichen Verleumder frei. So auch im Falle Janoschka in Golassowik. In diesem Falle schrieben wir einen Artikel mit der Ueberschrift: „Zurück vor den Sozialisten oder Schikane?“ Id ganzen

Artikel war keine einzige Beleidigung der Polizei, lediglich Anfragen und Vermutungen. Das hat auch der Richter anerkannt. Die Polizei fühlte sich aber beleidigt. Janoschka vertrat den Standpunkt vor Gericht, daß in Golassowik niemand schikaniert wird. Wir dagegen behaupten: Es wird doch schikaniert, wenn nicht von der Polizei, so doch von einer anderen Instanz, und das ist der Amtsvorsteher. Wie vor Gericht schon erwähnt wurde, werden bei der Anzahl der Arbeitslosenunterstützung Ausnahmen gemacht. Hat ein Arbeitsloser keine Unterstützung, so wird versucht, ihm dieselbe auf irgend eine Weise abzunehmen. Seine Ansicht nach haben doch deutsche Sozialisten kein Recht auf eine Erpözung. Hier möchten wir einen Fall erwähnen, der wirklich eine Schikane ist, da kann Janoschka noch so behaupten, daß es keine Schikanen gibt. In Golassowik wird die evangelische Kirche renoviert. Natürlich erhalten bei diesen Arbeiten nur Bürger von Golassowik Beschäftigung. So ging auch ein gewisser Mach zum Amtsvorsteher Dolezyl, um einen Auftragschein zu bekommen. Dolezyl verweigerte diesen Schein nicht. Bemerkten müssen wir, daß Mach Mitglied der D. S. U. P. ist. Mach begab sich zur Kirche, um dem angeblichen Bauführer, in Wirklichkeit ist es ein Dorfputzer, den Unterzettler abzugeben und den Tag zu erwählen, wann er in die Arbeit kommen soll. Dieser angebliche Bauführer heißt Drowski und ist ein guter Freund vom Amtsvorsteher Dolezyl. Was der will, führt der andere auch aus. Dem Mach wurde die Arbeit seitens Drowski verweigert. Er bemerkte aber, daß er Arbeit bekommen kann, aber erst in zwei Wochen, wenn die Dacharbeiten gemacht werden, weil er wußte, daß Mach als alter ehrlicher Mann keine Dacharbeiten verrichten kann, weil die Kirche kein Kohlenfall ist. Als die Zeit herankam, ließ Mach den Amtsvorsteher Dolezyl die Dacharbeiten seinem Sohn zu überlassen, da er noch zwei arbeitslose Söhne hat und er selbst nicht in der Lage ist, das hohe Kirchendach zu besteigen. Auch das wurde dem Mach gewährt. Kommt das Schöne. Als Mach die nächste Woche um seine Unterstützung kam, wurde sie ihm seitens des Amtsvorstehers Dolezyl verweigert, da er angeblich die Arbeit, die ihm angeboten wurde, verweigert hat. Hier ist die Frage erlaubt: Braucht ein Schneider, der noch nebenbei frant und alt ist, eine solche Arbeit, die ihn das Leben kosten könnte, anzunehmen? Ein jeder vernünftige Mensch würde das einsehen. Mach hat auch die Arbeit nicht verweigert, sondern aus Angst, daß er dieselbe nicht verrichten könnte, seinem Sohne angeboten. Hier möchten wir dem Herrn Janoschka raten zu urteilen, und dann erst zum Kabi zu laufen, denn wir bleiben weiter bei unserer Behauptung, daß es Schikanen gibt.

Pilgramsdorf. (Die Gemeinde muß viel Geld haben.) Wie wir bereits geschrieben haben, hat sich auf eine mehrmalige Mahnung im „Volkswille“ Gemeindevorsteher Zieleznik entschlossen, seine Verpflichtungen auszuführen. Die Bäumchen für die vernachlässigte Dorfstraße wurden gekauft, aber keine Obstbäume, sondern Haseln. Anstatt die Arbeit, das Pflanzen und Verbinden der jungen Bäume, den örtlichen Arbeitslosen zu übergeben, um den armen Schludern eine kleine Verdienstmöglichkeit zu geben, hat Zieleznik diese Arbeiten auswärtigen Leuten übergeben. Angeblich Fachleuten, die es besser verstehen, als die eigene Bevölkerung. Natürlich werden die Auswärtigen nicht so billig arbeiten, wie die Dorfbewohner, die höchstens 3 Floty pro Tag erhalten hätte. Er hat das Umbinden der Bäumchen in Afford abgegeben und 30 Groschen für eine Baktbindung bezahlt. Das bedeutet, daß die fremden Arbeiter mehr wie ein Bergmann in der Grube verdienen haben. Wegen diesen Vorhaben des Gemeindevorstehers hat sich wiederum eine große Erregung der Bevölkerung mächtig, denn die Bevölkerung weiß, daß die Gemeinde arm ist und unnötige Belastungen der Gemeindefasse notwendig sind. Die eigenen Arbeitslosen hätten die Arbeit gewiß billiger gemacht und das Geld wäre in der Gemeinde geblieben, was wiederum für die Geschäftskreise von Vorteil gewesen wäre. So sind Steuergelder der Gemeindebevölkerung in andere Gebiete gewandert. Wie in der Gemeinde gemunkelt wird, waren die fremden Arbeiter gute Bekannte des Gemeindevorstehers Zieleznik aus Golassowik, denn auch er ist kein Oberbeschleifer. Hier kann man wiederum sehen, daß es einem solchen Menschen, wie Z., nicht um das Wohl der Gemeinde geht, sondern um ihr eigene Vorteile zu erreichen. Ob sich die Bürden um ihr Geld ärgern oder nicht, bleibt ihm schnuppe. Die Sache ist, er erreicht das, was er wünscht. Wann werden denn eigentlich geordnete Verhältnisse einkehren, daß solche Menschen wie Z. vom Ruder verschwinden?

mierung Mißverständnisse ergeben hätten, weshalb er Klarheit schaffen wollte. Zu diesem Zweck habe er einem der Kriminalbeamten den, inzwischen konfiszierten, Hundertzlotyschein ausgehändigt, jedoch lediglich zu dem Zweck, um in Lodz eine telephonische Rückfrage vorzunehmen. Eine kleinere Geldsumme habe er zufällig nicht bemerkt, weshalb er die Hundertzloty vorgelegt habe. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß tatsächlich ein Bestechungsversuch vorgelegen hat, da, nach Auslage der Kriminallisten von einer Belohnung bezw. Entschädigung die Rede war.

Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis, ohne Bewährungsfrist. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Das Urteil wurde damit motiviert, daß der Beruf des Kriminalisten ohnehin schwer genug ist und man die Polizei vor üblen Elementen zu schützen habe, denen es, hauptsächlich jetzt in der kritischen Zeit hier und da doch einmal gelingen kann, schwächere Charaktere zu beeinflussen und das zum Nachteil der Justiz und der Allgemeinheit.

Zalenze. (Auf der Straße bewußtlos zusammengebrochen.) In den Vormittagsstunden des gestrigen Montags, brach auf einer Straße, im Ortsteil Zalenze, die Emilie Simon aus dem gleichen Ortsteil, infolge Schwächenanfall, bewußtlos zusammen. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft, wurde die Verunglückte nach dem städtischen Spital geschafft. u.

Königshütte und Umgebung

Allmähliche Entwicklung der Stadt Königshütte.

Die Einwohnerzahl der in den Stadtverband Königshütte aufgenommenen Gemeinden betrug nach der Zählung der Personenstandsaufnahme im Jahre 1868 14 151. Am 1. Dezember 1871 wurden bei der allgemeinen Volkszählung gezählt: Personen 19 536, Haushaltungen 4 075, Wohnhäuser 693, Anstalten zum gemeinsamen Aufenthalt 4. Bei der Volkszählung im Jahre 1880 wurden ermittelt: Einwohner 27 522, Haushaltungen 5516, 10 unbewohnte Häuser (glückliche Einwohner, die damals keine Wohnungsnot kannten), ein sonstiger Raum, Anstalten 8. Im Jahre 1885 waren vorhanden: Einwohner 32 072, Haushaltungen 6 697, Wohngebäude 922, andere Wohnstätten 18, Anstalten 7. Bei der Volkszählung im Jahre 1900 hatte Königshütte 57 919 Einwohner, und im Jahre 1905 — 66 042, heute zählt die Stadt annähernd 84 000 Einwohner, 1093 Grundstücke und 247 Baupläne, wovon der größte Teil auf Private und die Stadt entfallen. Während vor dem Kriege in der Stadt 706 freie Wohnungen vorhanden waren, herrscht gegenwärtig, wie überall, ein großer Wohnungsmangel. Der oberflächlichen Schätzung nach bemühen sich über 1500 Personen seit Jahren um eine Wohnung. Sehr zum Nachteil der hiesigen Bürger wirkt sich der Umstand aus, indem nach dem Mieterjahrgesetz freigewordene Wohnungen nach Beamtent nur wieder an solche vermietet werden dürfen. Dadurch sind dem Hausbesitzer und dem Mieter die Rechte genommen, sich andere Personen in freigewordene Wohnungen zu nehmen. Wenn auch zugestanden werden muß, daß in den letzten Jahren hunderte von Wohnungen durch Neubauten, Aufstufungen usw. gewonnen worden sind, so reicht dies nicht aus, um allen Wohnungsuchenden eine Wohnung zu verschaffen. Hinzu kommt noch, daß solche Wohnungen nicht unter das Mieterschutzgesetz fallen und der Wirt das Recht hat, nach Belieben den Mieter auf die Straße zu setzen, überhaupt dann, wenn er die überhöhten Mieten nicht bezahlen kann. Schwer betroffen werden davon die Arbeiterkreise, die infolge der schlechten Arbeitslage kaum das Notwendigste zum Leben verdienen, geschweige erst in solchen Neubauten für eine Stube und Küche 50—70 Floty zu bezahlen. Aus diesen Gründen ist das Gros der minderbemittelten Bevölkerung gezwungen, sich in engen Räumen zusammenzufassen und es ist nichts Seltenes, daß in einer Stube und Küche oft drei Familien bis zu 14 Personen „wohnen“. Dieser unhaltbare Zustand wird noch lange anhalten, weil heute weder der Private noch die Stadt Geldmittel zum Bauen von Häusern hat. m.

Das lebensgefährliche Abspringen. An der ul. Gimnazjalna sprang gestern abends ein jüngerer Herr von der Straßenbahn herunter, der einen Koffer in der Hand hielt. Diejem Umstand ist es zu verdanken, daß er bei diesem gewagten Sprung einigermaßen noch glimpflich abgekommen ist. Der Absprung wurde zu einem Abstrich. Doch ging er so vor sich, daß Bruder Leichtsin mit dem Gesicht auf den Koffer schlug. Sonst hätte er mehr zu beklagen gehabt, als nur eine zerschundene Nase und zerrissenen Anzug. m.

Geld abholen! Auf einem der letzten Wochenmärkte wurde in der städtischen Markthalle eine Geldbörse mit Inhalt gefunden. Der Eigentümer kann sich, nach Geltungmachung seiner Eigentumsrechte, im städtischen Polizeiamt, Zimmer 24, zum Empfang melden. m.

Lieferungen für die Stadt. Der Magistrat Königshütte hat die Lieferung einer Waage zum Wiegen von lebendem Vieh (Wiegegewicht 5000 Kilo) ausgeschrieben. Entsprechende Angebote sind bis zum 4. Juni d. Js. in der Direktion des städtischen Schlachthofes einzureichen. Dasselbst werden auch alle näheren Auskünfte erteilt. — Ferner ist die Lieferung von Oelen zum Schmieren der Kompressoren „Borsig“ sowie der Maschinen zur Herstellung von Kunststein im städtischen Schlachthaus zu vergeben. Offerten im versiegelten Umschlag und Proben sind bis zum 30. d. Mts., vormittags 11 Uhr, in der Schlachthofdirektion zu hinterlegen, wo auch alles Nähere zu erfahren ist. m.

Abholung von Ueberschüssen. Die bei der am 11. und 12. Mai stattgefundenen Versteigerung der Pänder von Nr. 32 211—35 762 erzielten Ueberschüsse können, gegen Abgabe der Quittungen, in der Kasse des städtischen Pfandleihamtes, an der ul. Bytomska 19, in Empfang genommen werden. m.

Siemianowik

Parteiversammlung in Michalkowik.

Am vergangenen Sonnabend hielt die Michalkowiker Ortsgruppe der D. S. U. P. ihre fällige Monatsversammlung ab. Um 6 Uhr nachmittags eröffnete Genosse A. die, recht zahlreich besuchte, Tagung und gab die Punkte zur Tagesordnung bekannt. Dann hielt der Vorsitzende, nachdem das Protokoll ver-

Wollen Sie taufen oder verkaufen? Angebote und Interessenten verschafft Ihnen ein Inserat im „Volkswille“

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Kaima, Malo Dąbrowka. Verlag und Druck „VITA“, naklad drukarski Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Bielik, Biala und Umgegend

Bielik und Umgebung

Die Teuerung wächst.

In der ersten Maiwoche wies der Handelsindex eine Steigerung von 36 Prozent auf. In der zweiten Woche trat eine weitere Steigerung um 35 Prozent ein, so daß in der 1. Maihälfte die Preise um 7,1 Prozent gestiegen sind. Wenn im Großhandel die Teuerung um über 7 Prozent gestiegen ist, so macht sich die Teuerung im Detailhandel noch mehr fühlbar, was man an den Preisen für Brot, Fleisch, Butter usw. ersehen kann.

Die Preissteigerung begann schon im Monat April. Laut den „Statistischen Nachrichten“ vom 5. Mai, Seite 147, war die Preisgestaltung für etliche der wichtigsten Nahrungsmitteln folgende:

100 Kilogramm	Anfang April	Ende April
Weizen	28,80 Zl.	31,50 Zl.
Korn	26,68 "	28,88 "
Weizenmehl 65 Proz.	41,— "	43,54 "
Kornmehl 65 Proz.	43,50 "	44,50 "

Im April waren die Preise für Fleisch und Butter in gleicher Höhe. Die Preissteigerung begann erst im Mai. Aus diesen Ziffern kann man ersehen, daß die Zeit der „außergewöhnlichen Billigkeit“ vorüber ist, mit welcher man sich in Polen besonders wichtig gemacht und damit auch den Lohn- und Gehaltsabbau begründet hat. Jetzt kommt die Teuerungswelle, wobei zu gleicher Zeit, die Bezüge der Angestellten und Arbeiter fortwährend sinken.

Es ist vorderhand noch nicht bekannt, ob nicht aus dieser kleinen Welle der Teuerung eine Ueberflutung eintreten wird. Wir haben bereits von dem Appetit der Großgrundbesitzer nach der Getreideausfuhr ins Ausland gelesen. Wir lesen von den Bemühungen der Agrarier, die weitere Ausfuhr von Schweinen und Fleischwaren nach dem Ausland zu bewerkstelligen. Auf den Inlandsmarkt wird gar keine Rücksicht genommen, man will durch die Ausfuhr mit Gewalt fremde Valuten hereinbekommen, ob im Inland der Hunger wütet und das Elend ins Unermeßliche wächst, läßt diese Beutegeier ganz kalt.

Brandunglück. In der Nacht zum 21. d. Mts. brach in dem Hause des Paul Sliwka in Jarzece ein Brand aus, dem das Haus mit dem ganzen Wirtschaftsgebäude und einer Brettläge zum Opfer fielen. Der Gesamtschaden beträgt gegen 16 000 Zloty. Sämtliche Gebäude waren auf 28 000 Zloty versichert. Es wird vermutet, daß Brandlegung vorliegt.

Einbruchsdiebstahl. Am 20. d. Mts., in der Zeit zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags, drangen unbekannte Täter durch das offene Fenster in die Wohnung des Martin Kromczyk aus Ober-Kurzwald ein, wo die Diebe einen Anzug im Werte von 100 Zloty stahlen. Des Diebstahls wird der langgesuchte Kasmir Bialek vermutet, da er am genannten Tage in der Nähe des Hauses gesehen wurde.

Achtung Partei- und Jugendgenossen! Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß auswärtige Mitglieder der Arbeiterjugend sowie der Partei, welche nach Bielik kommen und hier übernachten wollen (ob sie sich auf einer Ausflugs- oder Durchreise befinden), sich mit der Mitgliedskarte und einem Schreiben des Vereinsvorsitzenden ausweisen müssen. Die Maßnahme muß deswegen getroffen werden, weil es wiederholt vorgekommen ist, daß sich Leute als Mitglieder ausgeben und überhaupt keinen Ausweis vorlegen können. Alle auswärtigen Genossen werden daher ersucht, sich darnach zu richten. — Obmann der Vereine Jugendlicher Arbeiter Bielik.

Der Kampf gegen die Bettlerplage. Bettler hat es schließlich schon immer gegeben, solche, die das Betteln als ihren Beruf ausübten, und in der letzten Zeit haben sich auch solche dazugesellt, die durch die Not der Zeit sich zum Betteln entschließen mußten, wollten sie nicht buchstäblich hungern. Daß das Betteln überall von den Einwohnern als eine Plage empfunden wird, ist nicht abzulehnen, besonders stark ist diese Erscheinung jedoch im Stadtgebiete. Und hier leiden in erster Linie die Kauf- und Geschäftsleute. Die Geschäfte werden, besonders an Freitagen buchstäblich von den Bettlern belagert. Die Kaufmannschaft hat die Absicht, hier Abhilfe zu schaffen und hofft bei dieser Arbeit von allen Hausbesitzern und Einwohnern unterstützt zu werden, da diese Aktion nur dann gelingen kann, wenn alle Einwohner der Stadt hier mithelfen werden. In Angelegenheit der Bekämpfung der Bettlerplage fand nun durch Anregung des Kaufleuteverbandes am Freitag vergangener Woche im Bürgermeisterei bereits die zweite Sitzung statt, welche sich mit dieser Sache beschäftigte. Man will eine Zentrale schaffen, wozu alle Bettler verwiesen werden, die dort registriert und eine Unterstützung erhalten sollen. Die Mittel für diese Unterstützung sollen dadurch aufgebracht werden, daß jeder Gewerbetreibende und Kaufmann, sowie Hausbesitzer und Einwohner, je nach Möglichkeit allmonatlich einen Geldbetrag diesem Komitee spenden soll. Alle diejenigen, welche sich diesem Komitee anschließen wollen, werden an ihre Zimmertür einen Zettel anbringen, daß sie dem Komitee zur Unterstützung der Bettler angehören und privat diese Almosen an Bettler verteilen. Allerdings wird ja durch diese Maßnahme das Betteln von heute auf morgen nicht aufhören. Aber bei ständiger Abweisung der Bettler an dieses Komitee wird das Betteln von Zimmer zu Zimmer abgehoben. Diese Aktion dürfte wohl im Interesse Aller gelegen sein und ist zu erwarten, daß an dieser Aktion der größte Teil der Stadtbewohner teilnehmen wird. In den nächsten Tagen dürften schon Deklarationen zum Beitritt in dieses Komitee ausgegeben werden. Vorläufig wurde ein Komitee bestehend aus 6 Kauf- und Geschäftsleuten gebildet, welche die weiteren Arbeiten für diese Aktion leiten werden. Wir werden über den Stand der Arbeiten in dieser Richtung hin, wieder berichten. Vor allem wäre es Pflicht des Staates für die Arbeitslosen ausgiebig zu sorgen, aber auch die Altersversicherung endlich zum Gesetz zu erheben.

Rundmachung. Vom Bialaer Magistrat wird bekanntgegeben, daß ab 21. Mai 1. Js. bis auf Widerruf folgende Fleischpreise in Biala gelten: ein Kilogramm Rindfleisch mit 20 Proz. Zuwage Hinteres 1. Qualität 1,40—1,72 Zloty, Vorderes 2. Qualität 1—1,32 Zloty, ein Kilogramm Rindfleisch ohne Zuwage 2—2,20 Zloty, ein Kilogramm Schweinefleisch mit 15 Proz. Zuwage 2—2,20 Zloty, ein Kilogramm Schweinefleisch mit Zuwage 2,40 Zloty, ohne Zuwage 2,80 Zloty, ein Kilogramm Kalbfleisch mit

Die Schneidergehilfen von Bielik-Biala im Kampfe um ihre Existenz

Nachdem in sämtlichen Betrieben Lohn- und Gehaltsabbau vorgenommen wird, glauben die Bielik-Bialaer Schneidermeister auch nicht zurückstehen zu dürfen. Im Herbst vorigen Jahres kündigten sie den mit der Schneidergehilfengewerkschaft abgeschlossenen Kollektivvertrag. Nach der Kündigung wollten die Schneidermeister auch noch einen 15 Proz. Lohnabbau vornehmen. Diesen Lohnabbau wollten die Meister damit begründen, daß, falls die Schneidergehilfen auf den Lohnabbau einwilligen, sie dann auch ständig Arbeit haben werden. Die Meister werden dann angeblich billiger produzieren können. (Wieder so eine alberne Ausrede, die schon vor uns zmal widerlegt wurde.)

Die Schneidergehilfen erhielten derzeit einen Wochenlohn von 30—50 Zloty. Ob dieser Lohn schon als hoch zu bezeichnen wäre, der einen 15 Proz. Abbau rechtfertigen würde, überlassen wir ruhig der Deffentlichkeit zur Beurteilung.

Bei den diesbezüglichen Konferenzen im Bieliker Arbeitsinspektorat erklärten die Vertreter der Gehilfen, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht in den angeblich so hohen Löhnen liegen, sondern daß die kapitalistische Wirtschaftsweise daran schuld ist. Die Beseitigung derselben kann daher nicht durch Abbau der Löhne, sondern durch Einführung einer gerechten Wirtschaftsordnung erfolgen.

Nach langwierigen Verhandlungen willigten die Gehilfen in einen 8 Proz. Lohnabbau ein. Dieser Lohnabbau

befriedigte aber die Schneidermeister nicht, sie ließen aber die Gehilfen im Dunkeln darüber, was sie zu tun gedenken.

Bei der am 12. April d. Js. im Arbeitsinspektorat stattgefundenen Konferenz erklärten die Meister, daß sie überhaupt einen Kollektivvertrag nicht mehr abzuschließen gedenken. Bei der nächsten Konferenz, die am 15. d. Mts. stattfand, hatten die Meister noch die Stirne, den Vertretern der Gehilfen zuzumuten, sie mögen selbst Vorschläge über die Höhe des Lohnabbaues machen! Sind denn die Meister so naiv, daß sie glauben, die Gehilfen werden sich so erniedrigen, daß sie sich halb umsonst zur Arbeit anbieten werden?

Bei der am 4. Mai d. Js. stattgefundenen Konferenz konnte ebenfalls keine Einigung erzielt werden, da die Meister einen 20—30 Proz. Lohnabbau forderten, dem die Gehilfen doch nicht zustimmen konnten. Bei der steigenden Teuerung der Lebensmittel wollten die Meister noch einen solchen hervorragenden Lohnabbau vornehmen!

Es muß mit Bestimmten konstatiert werden, daß die kleineren Meister, die ohne Gehilfen arbeiten, die größten Lohnrücker sind. Die Bemühungen der Schneidermeister gehen dahin, die Schneidergehilfen auf das niedrigste Lohnniveau herunterzudrücken. Diese allgemeine Geldgier hat auch die Schneidermeister erfaßt.

Die Verhandlungen werden schon durch sieben Wochen geführt, ohne einen Abschluß gefunden zu haben. Hier sollte der Arbeitsinspektor etwas energischer eingreifen.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Teschener Schlesiens

Am Samstag, den 28. Mai 1932 findet um 5 Uhr nachmittags im Bieliker Arbeiterheim der **Bezirks-Parteitag**

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Eröffnungs- und Begrüßungsansprachen. 2. Protokollverlesung. 3. Wahl einer Mandats- und Wahlkommission. 4. Berichte: a) des Sekretärs, b) des Kassierers, c) der Redaktoren. 5. Referat. 6. Organisation und Parteipresse. 7. Neuwahlen. 8. Freie Anträge und Allfälliges.

Jede Lokalorganisation entsendet auf je 50 Mitglieder einen Delegierten. Die Mitgliederzahl wird nach der im Fragebogen angegebenen Zahl der Mitglieder festgesetzt. Ferner werden alle Kulturorganisationen, wie Gau der A. G. B., Arb.-Turnverein, Frauenorganisation, Naturfreunde, Jugendliche Arbeiter (Bezirk Bielik), Kinderfreunde und Arbeiterabteilungsleiter ersucht, ihre Vertreter zu entsenden.

Die Delegierten müssen außer der Parteilegitimation auch ein von ihrer Lokalorganisation ausgestelltes Mandat besitzen. Sämtliche Genossen, welche als Gäste dem Parteitag beizuwohnen wollen, müssen sich mit ihrer Parteilegitimation ausweisen können.

Die Bezirkelegitimation.

25 Proz. Zuwage Hinteres 1,60—1,80 Zloty, Vorderes 1,20 Zloty, ein Kilogramm Kalbfleisch ohne Zuwage 2,40 Zloty, ein Kilogramm gedöckten Schinken ganz 4,80 Zloty, ein Kilogramm Schinken geschnitten 5,60 Zloty, ein Kilogramm Würst gewöhnliche 2,60 Zloty, ein Kilogramm Würst geschnitten 3,60 Zloty, ein Kilogramm Speck 2,20 bis 2,40 Zloty, ein Kilogramm Schmalz 3,20—3,40 Zloty, ein Kilogramm Schmalz 2,20—2,40 Zloty. Köchleres Fleisch: ein Kilogramm Rindfleisch mit 20 Proz. Zuwage 1,36—1,88 Zloty, ein Kilogramm Kalbfleisch 1,70 Zloty. Die Übertretung der vorgeschriebenen Preise wird nach den gesetzlichen Bestimmungen streng bestraft.

Anstatt papierne, silberne 10-Zloty-Stücke. Im Laufe dieser Woche soll die Verordnung des Finanzministers unterfertigt werden, in Angelegenheit der Einziehung der 10-Zloty-Banknoten. Die Papiernoten zu 10 Zloty bleiben bis Ende dieses Jahres als Zahlungsmittel. Bis zum Jahre 1934 werden sie in den Zahlstellen der Bank Polski und in den Finanzstellen zur Auswechslung angenommen. An Stelle der 10-Zloty-Papierbanknoten sollen Silberstücke zu 10 Zloty zur Ausgabe gelangen. Falls die Krise und die Arbeitslosigkeit noch weiter fortschreiten wird, dann werden die Arbeiter kaum in die Lage kommen, ein solches Geldstück anzukaufen und bewundern zu können.

An die Adresse des Kreisversicherungsamtes in Zemberg.

Dem Krakauer „Naprzód“ wird unter dem 18. d. Mts. folgendes geschrieben: Es wäre notwendig, den Versicherten sowie auch den Interessierten aus der Gruppe der Arbeitgeber darüber Aufklärung zu geben, welche Beiträge im Präliminare der Bieliker Krankenkasse für Luxusfahrten mit dem Auto der Krankenkasse für die derzeitigen Nacht- und ihre Familienmitglieder bestatigt wurden. Diese Aufklärung fordern speziell die Versicherten, welche ein wahres Martyrium durchmachen müssen, bis sie das statutenmäßig vorgeschriebene Krankenunterstützungsgeld erhalten. In einer Zeit, wo die Krankenkasse den Rückfahr der Bahnspesen an diejenigen Mitglieder verweigert, welche einen vielkilometrischen Weg in das Zahnambulatorium zurücklegen müssen, wenn den Lungenkranken das Bistraier Sanatorium nicht bewilligt wird, wenn gänzlich unverständliche Sparmassnahmen bei den Arzneien vorgenommen und Kürzungen in der Spitalspflege durchgeführt werden, in einer solchen Zeit Luxusfahrten mit den Krankentaxi-Autos ins Gebirge vorzunehmen, bedeutet eine Provokation, die durch gar nichts gerechtfertigt werden kann. Eine derartige Vergewaltigung öffentlicher Gelder, welche als Hilfe für erkrankte Mitglieder der Kasse bestimmt sind, ist direkt sträflich. Wenn man obendrein noch bedenkt, daß der Autabus fast in jedes Gebirgsdorf fährt, die Bahn für Ausflügler Ermäßigung gewährt und direkt bis ins Reichsfestland fährt, so ist dies eine Ruinierung der Finanzen der Kasse, die durch nichts zu entschuldigen ist. Besteht das freundige

Schaffen der Sanacjaanhänger in der Kasse darin, daß man dieses Humanitäts-Institut, das den Versicherten in Krankheitsfällen die Gesundheit und Hilfe bringen soll, als Privateigentum betrachtet? Wurde die frühere Leitung der Krankenkasse nur darum beseitigt, damit die Kasse für gewisse Leute als Weltküh gelten soll? Wir fordern die **Uebergabe der Krankenkasse in die Hände der Versicherten!**

Sportliches

A. T. u. Sp. B. Vorwärts I — B. A. J. Alexanderfeld I 6:2 (3:1).

Samstag, den 21. Mai, trafen sich die beiden alten Rivalen in einem Freundschaftsspiel. Alexanderfeld hatte wohl alles andere, nur nicht so eine Niederlage erwartet. In der Stürmerreihe von Vorwärts klappte es diesmal um vieles besser, auch hatten sie ein bedeutend besseres Schußglück, als ihre Rivalen. Das macht auch den Sieg verständlicher.

Leider trat in dieses interessante Treffen eine kleine Mißstimmung ein, die darauf zurückzuführen ist, daß in der zweiten Spielhälfte das Tempo ganz besonders scharf und hart wurde. Die Schiedsrichter sollten in noch größerem Maße darauf sehen, daß die Spielhandlungen unbedingt in den ihr erlaubten Grenzen sich bewegt. Der Schiedsrichter Gen. Gansel entledigte sich seiner schweren Aufgabe gut. Po.—

Wo die Pflicht ruft!

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsta.
Dienstag, 24. Mai, 7 Uhr abends: Gesangsstunde bei Tivoli.
Mittwoch, 25. Mai, 7 Uhr abends: Mitgliederversammlung im kleinen Saal.

Sonntag, 29. Mai, 6 Uhr früh: Erste Badetour nach Międzybrodzie. Abmarsch Punkt 1/7 Uhr. Treffpunkt: Vereinszimmer.

Mitgliederleistungen bei jeder Veranstaltung. Die Vereinsleitung.

Bezirksvorstandssitzung. Am Dienstag, den 24. Mai 1. Js. findet um 6 Uhr abends im Arbeiterheim die Bezirksvorstandssitzung der D. S. A. P. Teschener Schlesiens statt. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen, da unter Anderem auch die Vorkarbeiten zum Bezirksparteitag getroffen werden sollen.

Achtung Arbeiter-Gesangvereine! Am Dienstag, den 24. Mai 1932 findet um 5 Uhr nachmittags in der Redaktion der „Volksstimme“ eine dringende Gau-Vorstandssitzung statt. Alle Vorstandsmitglieder haben zuverlässig zu erscheinen. Der Gauobmann.

Berein Arbeiterheim Alt-Bielik. Am Mittwoch, den 25. Mai, um 7 Uhr abends, in der Restauration des Herrn Andreas Schubert in Alt-Bielik findet die diesjährige Generalversammlung obengenannten Vereins statt, zu welcher alle Mitglieder auf das freundlichste eingeladen werden.

A. G. B. Frohinn Bielik. Sonntag, den 29. Mai, veranstaltet der A. G. B. Frohinn Bielik einen Familienausflug auf den Djablák (Salamas Wäldchen), wozu wir schon heute alle Freunde und Gönner des Vereins auf das herzlichste einladen. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Die Vereinsleitung.



Der Betrunkene

„Na, komm' se man ruhig raus — der Frühling is schon da!“ (Judge)

